

Abonnements-Preis:
Hier bei der Expedition 2 R., außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R. 10 S. incl. Post-Ausschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungssamle für England 3 R. 15 S., für Frankreich 4 R. 24 S., für Belgien 2 R. vierjährl. In Warschau bei d. R. R. Postämtern 4 R. 33 Kop. In Russland laut R. Posttage.

Ostsee-Zeitung

und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Deutschland.

Berlin, 3. März. Das „Justiz-Ministerialblatt“ theilt den Wortlaut der Gründe des Obertribunals-Beschlusses vom 29 Jan. mit. Der Beschluss lautet dahin, „dass der Beschluss des Criminalsenats des Königl. Appellationsgerichts zu Insterburg vom 3. October 1865, insofern er die Anklage wegen Verleumdung resp. verleumderischer Beleidigung gegen den Abgeordneten Frentzel zurückweist, aufzuheben und die Sache in dieser Beziehung zur anderweitigen Beschlussfassung an das gedachte Appellationsgericht zurückzuweisen sei“. Die Gründe sind nun wörthlich folgende:

Der Partikular Frenzel wurde durch die Königliche Staatsanwaltschaft angeklagt; am 2. Juni 1865 zu Berlin durch die von ihm als Abgeordneter in der Sitzung des Abgeordnetenhauses gehaltene Rede, und zwar in den diesfälligen näher hervorgehobenen Stellen, einen öffentlichen Beamten, den Königlichen Regierungs-Präsidenten Maurach zu Gumbinnen, öffentlich, dabei auch in Beziehung auf seinen amtlichen Beruf beleidigt, auch vermittelte Behauptung unwahrer, denselben in der öffentlichen Meinung dem Hause oder der Beratung auszeichnender Thatsachen verleumdet zu haben. Das Königl. Kreisgericht zu Gumbinnen wies indeß durch Beschluss vom 14. September 1865 diese Anklage zurück, indem es zwar anerkamte, daß die imminente Rede Beleidigungen resp. Verleumdungen des Regierungs-Präsidenten Maurach enthalte, indeß annahm, daß dem Angeklagten der Schutz der Verfassungs-Urkunde, namentlich des Artikels 84 derselben, zur Seite stehe, weil er jene Rede in dem Abgeordnetenhaus in seiner Funktion als Abgeordneter gehalten habe. Hiergegen wurde von Seiten der Königl. Staatsanwaltschaft Beschwerde erhoben, das Königl. Appellationsgericht zu Insterburg wies jedoch dieselbe ebenfalls auf Grund des Art. 84 der Verfassungs-Urkunde am 3. October 1865 zurück und bezog sich dabei auf den Plenarbeschluss des Königl. Obertribunals vom 12. December 1853, resp. den Beschluss der ersten Abtheilung des Criminal-Senats vom 11. Januar 1865. Nunmehr hat der Königl. Ober-Staatsanwalt zu Insterburg gegen diesen Beschluss des gedachten Appellationsgerichts Beschwerde eingelegt, und dieselbe mußte auch für begründet erachtet werden.

Eben der Plenarbeschluss des Königl. Obertribunals vom 12. December 1853 wider Aldenhoven besagt in seinen Motiven: „dass nicht alle Ausführungen eines Abgeordneten in der Kammer der strafgerichtlichen Verfolgung durch Art. 84 der Verfassungs-Urkunde entzogen werden sind“, und einer dieser Fälle muß auch dann als vorliegend erachtet werden, wenn es sich um solche Behauptungen resp. Verbreitung von Thatsachen handelt, die nach den Vorschriften des §. 156 und des Absatzes 2 des §. 102 des Strafgesetzbuchs als eine Verleumding resp. eine Beleidigung mit dem Charakter einer Verleumdung erscheinen.

Der Art. 84 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1870 ist eine Ausnahme von der allgemeinen Regel, nach welcher alle Angehörigen des Staats den bestehenden Strafgesetzen unterworfen sind. Der Grund hierzu liegt in der Stellung, welche die Mitglieder der Kammern nach den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde einnehmen. Diese ihnen zugebilligte Ausnahme aber muß im entstehenden Zweifel nach den Interpretationsregeln der §§. 46, 54 bis 57 der Einleitung zum Allg. Landrecht so ausgelegt werden, wie sie am wenigsten zum Nachteil Dritter gerecht, „am nächsten mit den Vorschriften des gemeinen Rechts und dem Hauptzweck des Staats übereinstimmt“, und wie ihr Wortlaut nach dem einfachen und gewöhnlichen Sprachgebrauch aufzufassen ist. In letzterer Beziehung ist Folgendes in Betracht zu ziehen.

Der erste Absatz des Art. 84 a. a. O. schreibt wörtlich vor: „Sie (nämlich die Mitglieder beider Kammern) können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen in mir innerhalb der Kammer, auf Grund der Geschäfts-Ordnung, zur Rechenschaft gezogen werden.“ Es fragt sich daher, in welcher Weise der Ausdruck „Meinungen“ aufzufassen ist? Nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch versteht man hierunter lediglich die Resultate des Denkvermögens, im Gegenzug zur Behauptung und Verbreitung von Thatsachen. Selbstredend können Meinungen auch auf thatsächlichen Voransetzungen beruhen, sowie sie in der Regel zugleich eine nähere Begründung des diesfälligen gewonnenen Endergebnisses umfassen werden; allein selbst dann tragen sie ihrem inneren Wege nach die Eigenschaft von Thatsachen nicht an sich. Daß nun der Art. 84 a. a. O. unter Meinung nur den so eben hergehobenen Begriff und nicht auch die Behauptung oder Verbreitung von eigentlichen Thatsachen verstanden hat, ergiebt seine Entstehungszeit.

Die Regierungs-Vorlage vom 20. Mai 1848 an die damalige National-Versammlung lautete im §. 57: „Die Mitglieder der Kammern können weder für ihre Abstimmung in der Kammer noch für ihre darin ausgesprochenen Meinungen zur Rechenschaft gezogen werden.“ Das Gesetz vom 23. Juni 1848 dagegen besagte im §. 1: „Kein Mitglied der Versammlung kann für seine Abstimmungen oder für die von ihm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter ausgesprochenen Worte und Meinungen in irgend einer Weise zur Rechenschaft gezogen werden.“ Die Bestimmung dieses Gesetzes hatte somit einen größeren Umfang als die erwähnte Regierungs-Vorlage und der Art. 84 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850. Der §. 79 des Commissions-Entwurfs einer Verfassungs-Urkunde der damaligen National-Versammlung ging noch weiter, indem es dort heißt: „Sie können für ihre Abstimmungen oder für die in ihrer Eigenschaft als Abgeordneter abgegebenen schriftlichen oder mündlichen Ausführungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.“ Die octroyierte Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 adoptierte diese Fassung in ihrem Artikel 83 nicht, sondern bestimmte gleichwie die frühere Regierungs-Vorlage vom 20. Mai 1848: „Sie können weder für ihre Abstimmungen in der Kammer, noch für ihre darin ausgesprochenen Meinungen zur Rechenschaft gezogen werden.“ Bei der Revision dieser Verfassungs-Urkunde empfahl nun die Commission der zweiten Kammer folgende Bestimmung: „Sie können für ihre Abstimmungen in den Kammern niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammern, auf Grund der Geschäfts-Ordnung, zur Rechenschaft gezogen werden,“ indem hervorgehoben wurde, „dass nicht angenommen werden könne, als sei jede Disciplin in der Kammer unstatthaft“. Weitergehende Anträge: dem Ausdruck „Meinungen“ der „Ausführungen“ zu substituieren, wurden abgelehnt, und so hat der Art. 84 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 seine jetzige Gestalt erhalten.

Nach diesen Vorgängen ist nicht in Zweifel zu ziehen, daß unter „Meinungen“ nicht überall dasselbe zu verstehen, was der allgemeine Ausdruck „Ausführungen“ in sich schließt, indem man absichtlich diese Fassung des Art. 84 a. a. O. vermieden hat. Dem steht auch der innere Grund, den die Gesetzgebung hierbei vor Augen gehabt, zur Seite, indem es zum Schutze der den Abgeordneten zuzubilligenden Redefreiheit nicht als notwendig erschien, denselben aus möglichen Ausschreitungen in unbestimpter und schrankenloser Weise auszudehnen.

Für die gegenwärtige Auslegung kann dabei nicht auf den §. 38 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 Bezug genommen werden, weil dieser, welcher Berichte von den öffentlichen Sitzungen beider Kammern, insoweit sie wahrheitsgetreu sind, von jeder Verantwortlichkeit freit, nicht mit dem Art. 84 der Verfassungs-Urkunde, sondern mit dem Art. 79 derselben, welcher die Offenheitlichkeit der Sitzungen beider Kammern anordnet, in Verbindung steht. Bugegeben ist hierbei nur, daß bei der Beratung des Preßgesetzes vor der

Commission der zweiten Kammer darauf Gewicht gelegt worden ist, daß nach Art. 84 der Verfassungs-Urkunde der Abgeordnete persönlich für seine Reden, wenn er beispielweise gegen eine Privatperson eine Beleidigung ausspreche, nicht verantwortlich sei. Allein, darauf ist kein Gericht zu legen, weil vereinzelt Aeußerungen von Mitgliedern der Kammern oder deren Commissionen, wenn sie nicht später von allen Factoren der Gesetzgebung adoptirt werden, oder sonstwie ihren gesetzlichen Ausdruck finden, nicht entscheidend sein können. In dem vorliegenden Falle ist dies um so weniger anänglich, als das vorübergehend herangezogene Beispiel nicht bei Beratung der Verfassungs-Urkunde gemacht auf 50 R. Geldbuße und Verlust der Concession zum Gewerbe betriebe. Zugleich wurde auf Bernichtung des ganzen Werkes erkannt.

Nach der vorstehenden Ausführung hat es aber, soweit es sich um Verleumdungen im Sinne des §. 156 des Strafgesetzbuchs, oder um Beleidigungen mit dem Charakter der Verleumdung handelt, wie sie der Absatz 2 des §. 102 des Strafgesetzbuchs voraussetzt, nicht angenommen werden können, daß sie durch den Art. 84 der Verfassungs-Urkunde geschützt sind. Denn das Wesen dieser Vergehen beruht gerade in der Behauptung oder Verbreitung unwahrer, dem Hause oder der Beratung aussehender Thatsachen, auf die sich, wie gezeigt, der Art. 84 a. a. O. nicht bezieht und deren Vorhandensein die Anklage behauptet.

Bei bloßen Beleidigungen oder in den Fällen des §. 158 des Strafgesetzbuchs dagegen, in denen bei dem erbrachten Beweise der Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Thatsachen doch noch das Vorhandensein einer bloßen Beleidigung übrig bleiben kann, muß der Art. 84 a. a. O. mit voller Wirkung als eintretend erachtet und die gerichtliche Verfolgung als ungültig angesehen werden, weil eine bloße Beleidigung ohne verleumderischen Charakter ihrem Thatschadens fällt.

Solcherart hat von dem früheren Plenarbeschlüsse des Königlichen Obertribunals vom 12. December 1853 wider Aldenhoven und dem, sich lediglich auf diesen stützenden Beschluss der ersten Abtheilung des Criminal-Senats des Königlichen Obertribunals vom 11. Januar 1865 wider Lyskomki abgegangen werden müssen, und hieraus folgt die Aufhebung des durch die gegenwärtige Beschwerde angegriffenen, auf jene Voreintheitung sich gründenden Beschlusses des Criminal-Senats des Königlichen Appellationsgerichts zu Insterburg vom 3. October 1865.

In der Sache selbst konnte aber noch nicht sofort befunden werden, weil das gedachte Appellationsgericht in seinem diesfälligen Beschluss ausdrücklich erklärt hat, von einer thatächlichen Prüfung der Anklage gänzlich absehen zu müssen, indem es dazu nach Art. 84 a. a. O. nicht berechtigt sei. Da nun dieser Grund rechtlich nicht zutrifft, mußte die Sache zur anderweitigen Erwähnung und Beschlussfassung an das erwähnte Appellationsgericht zurückgewiesen werden.

Bei der 7. Deputation des Criminalgerichts stand gestern ein neuer Termin an in der bereits mehrfach besprochenen Anklage gegen den Buchhändler Julius Aebelstorf wegen Beleidigung des Kaisers Napoleon III.

Wir haben über den Fall in der Schrift: „la vie du nouveau Cesar par Vesinier“ bei der ersten Verhandlung bereits ausführlich berichtet. Der damals abgehaltene Termin war aufgehoben worden, um feststellen zu lassen, ob in Frankreich die Gegenständigkeit wegen Bestrafung von Beleidigungen des Preußischen Herrschers verfügt ist und in dieser Beziehung ist ein Schreiben des Französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten eingegangen, wonach das Gesetz vom 14. Mai 1819 noch in Kraft besteht. Der Angeklagte bestreitet Commissions-Berleidigung für das genannte Werk gewesen zu sein; er will vielmehr lediglich als Spediteur für Vesinier fungiert und den Inhalt der Schrift nicht gekannt haben. Der Vertheidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Lewald, erhob abermals mehrere Präjudizial-Einwände. Er behauptete zunächst, daß auf Grund des französischen Textes eine Anklage nicht begründet werden könne, daß vielmehr die Anklage eine vollständige Überzeugung der incriminierten Stellen hätte enthalten müssen. Es sei unzulässig, daß der Sachverständige Dr. Doné gegenwärtig erst die Anklage mache. Er glaube, es sei ein Versehen begangen, das mir durch Verwollständigung der Anklage mit der Übersetzung bestätigt werden könnte. Ferner aber fehle der Straf-Antrag der Französischen Regierung, den die Correspondenz zwischen den Ministern nicht erkenne. Drittens endlich behauptete er bestimmt, daß das Gesetz vom Mai 1819 nicht mehr existire und berufe sich dafür auf das Zeugnis mehrerer Französischen Advocaten. Nach dem Erlaß des Gesetzes seien die Revolutionen von 1830 und 1848, eine dreijährige Republik über Frankreich dahin gegangen und endlich das Kaiserreich entstanden, dadurch sei das Gesetz längst bestellt. Der Vertheidiger legte auch mehrere, jenes Gesetz verändernde Gesetze neueren Datums vor. — Der Staatsanwalt Mittelstädt erachtete diese Einwendungen für unbegründet und beantragte deren Zurückweisung. Der Gerichtshof berief und beschloß: was den Einwand betrifft, daß die Anklage nicht in der gehörigen Form eingeleitet sei, so sei der selbe nicht durchgreifend. Der Gerichtshof sei der Ansicht, daß, wenn dem Angeklagten die Anklage so mitgetheilt worden, wie geschehen, und ihm später eine Überzeugung zugefertigt worden, damit allen Anforderungen des Gesetzes genügt sei. Den zweiten Einwand anlangend, so bestimmt das Gesetz im §. 81 nicht, in welcher Form der Strafantrag gestellt werden solle. Der Gerichtshof sei der Meinung, daß es hier nur darauf ankomme, tatsächlich nachzuweisen, ob ein Antrag gestellt sei oder nicht, daß es dabei auf die Form nicht ankomme. Der Antrag sei aber nach dem oben mitgetheilten Schreiben gestellt. Endlich den dritten Einwand anlangend, so sei der Gerichtshof der Meinung, daß durch das Schreiben des Französischen Ministers festgestellt sei, daß die Bestimmung des Gesetzes vom Jahre 1819 über die Reciprocity noch heute in Geltung sei. Es sei daher gleichgültig, ob einzelne andere Bestimmungen des Gesetzes abgedeutet seien. Deshalb wurden die drei Einwendungen des Vertheidigers nicht für durchgreifend erachtet und begeschlossen, in der Sache weiter zu verhandeln. Es stand nun die Verleidigung resp. Überzeugung der 42 incriminierten Stellen statt, was etwa 3 Stunden in Anspruch nahm. Rechtsanwalt Lewald erklärte, daß er kein Interesse habe sich daran zu betheiligen, daß für ihn nur die Frage wichtig sei, ob der Angeklagte als Commissions-Berleidiger zu betrachten sei oder nicht. Nach Beendigung der Beweis-Aufnahme führte der Staats-Anwalt aus, daß die Schrift Beleidigungen in den nacktesten Formen enthalte. Mord, Fälschung, Lügen und Meineid würden dem Kaiser Napoleon III. vorgeworfen. Die Gegenseitigkeit sei constatirt, und ein Strafantrag liege vor. Demnächst werde er aus, daß der Angeklagte wirklich als Commissions-Berleidiger für das Buch zu betrachten sei und beantragte 50 R. Geldbuße event. 1 Monat Gefängnis gegen den Angeklagten, zugleich aber auch, da der selbe innerhalb der letzten fünf Jahren bereits zwei Mal wegen Preisvergehens bestraft sei, auf Verlust der Concession zum Gewerbebetrieb gegen ihn zu erkennen. — Rechts-Anwalt Lewald: Ich constatire, daß von der Anklage, die 24 Seiten umfaßt, tatsächlich nur 4½ Seiten durch den Staatsanwalt verlesen sind, ich constatire jerner, daß ein Antrag des Französischen Gesandten nicht vorliegt, sondern nur ein Zeugnis unseres auswärtigen Ministers und ich constatire drittens, daß wir über die von mir bestreitene Existenz des Gesetzes vom Jahre 1819 nichts wissen, als was niedrige der Französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten geschrieben hat. Obgleich Sie vollkommen berechtigt wären, jetzt beim Erkenntnis von Ihrem vorher gefassten Beschlusse abzugehen, so gebe ich mich doch einer solchen Hoffnung nicht hin, bemerke aber, daß wenn wirklich nach der Ansicht der höheren Richter das Rechtes

Stettin, 1866.
Sonntag, 4. März.

Insertions-Preis:
für den Raum einer Petition 2 R.
Inserate nehmen an:
in Berlin: A. Retemeyer, Breitestr. Nr. 1.
in Hamburg-Altona: Haasestein & Vogler.
in Stettin: die Expedition.
Geeignete Mittheilungen werden gratis aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

wäre, daß auf Grund einer in Französischer Sprache gehaltenen Anklage, auf Grund zweier Urteile auswärtiger Minister Preußische Staatsbürger verurtheilt werden können, man judged mühte, daß das Preußische Volk weiteren Rechtschutz erhielte gegen infere gewiß sehr begehrlichen Nachbarn in Osten und Westen. Demnächst suchte der Vertheidiger nachzuweisen, daß der Angeklagte nicht als Commissions-Berleidiger zu betrachten sei und beantragte das Nichtschuldig. Der Gerichtshof schloß sich nach längerer Beratung den Ausführungen des Staatsanwalts überall an, und erkannte ganz dessen Antrage gemäß auf 50 R. Geldbuße und Verlust der Concession zum Gewerbebetrieb. Zugleich wurde auf Bernichtung des ganzen Werkes erkannt.

Trier, 27. Februar. Die „Trierische Zeitung“ schreibt: „Seitens des General-Commandos des 8. Armeecorps ist ebenso wie an mehrere Rheinische Schleppschiffahrts-Gesellschaften, so auch an die hiesige Direction der Mosel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft die Anfrage gerichtet worden, ob und wie viele Boote dieselben zu militärischen Zwecken zur Disposition zu halten im Stande seien, resp. wie viele Mannschaften durch die Mosel-Dampfschiffe befördert werden könnten.“

Köln, 2. März. Von der Direction der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft geht der „Köln. Btg.“ eine neue gegen die „Berl. Börz.-Btg.“ gerichtete Erklärung zu, in welcher es heißt:

„Wir haben die Nachricht über einen angeblich von uns ausgegangenen Schritt als das bezeichnet, was ist, als „eine in allen Eheleihen unvölkische Erfahrung“; nun wird zu verstehen gegeben, daß Unterlassen eines solchen oder ähnlichen Schrittes sei mit der pflichtmäßigen Wahrung der Interessen der Actionäre nicht füglich vereinbar. Einer solchen Provocation gegenüber wollen wir unsere Stellung zur Sache mit wenigen Worten bezeichnen. Wir sind bei dem Abchluß des Vertrages vom 10. August v. J. in gutem Glauben, nach unserer besten Kenntniß von dem geltenden öffentlichen Rechte und nicht ohne vorherige Consultation rechtsverständiger Männer von der Auffassung ausgegangen, daß die gegenseitige Legitimation der Contrahenten durch die beiden Vorbehalte, der Genehmigung Seiner Majestät des Königs einerseits und der Zustimmung unserer General-Versammlung andererseits, vollkommen gedeckt sei, und daß das durch den Vertrag geschaffene Verhältniß mit der Erledigung dieser Vorbehalte den Charakter eines zwischen den Parteien definitiv gültig gewordenen, in seinen privaten zwischen den Parteien bestimmen nicht mehr verückbaren Rechtsgeschäfts angenommen habe. Diese Auffassung halten wir auch noch heute seit und haben demgemäß ebenso wie an ihrem Theil die Königliche Staatsregierung den Vertrag in allen Stücken getreu erfüllt. Zu der im Hause der Abgeordneten ventilierten tatsächlichen Frage haben wir als Private Corporation gar keine, ein besondere Handeln oder Unterlassen indicirende Stellung. Wir wurden daher auch weder von den Resolutionen der Commission, noch eventuell auch von einem dieselben genehmigten Beschlüsse des Hauses Veranlassung nehmen können, unsererseits bei der Staatsregierung Rechtsverwahrungen einzulegen oder auf eine Wiederaufzügung des Vertrages vom 10. August v. J. zu dringen — sehr im Gegensinne zu der „Börsen-Zeitung“ — der Ansicht, daß unsere Actionäre in derartigen Schritten weit eher eine Verleidigung als eine Wahrung ihrer Rechte und Interessen erkennen würden. Erst wenn der Verlust unternommen werden sollte, die Gültigkeit jenes Vertrages im Rechtswege anzugehen, würden wir uns so berufen wie verpflichtet ansehen, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Aufrechterhaltung derselben einzutreten.“

München, 28. Februar. Das Regierungsblatt, die „Bayer. Btg.“, schreibt: „Der plötzliche Schlupf des Preußischen Landtages bekräftigt alle unsere Journale. Beifällige Neuerungen über diese Maßregel wird man in Bayern vergebens erwarten. Nebrigens wäre es unseres Erachtens unrecht, von einem falschen particularistischen Standpunkte aus sich darüber zu freuen, daß dieser innere Conflict in Preußen, welcher uns allerdings vor den sogenannten moralischen Eroberungen bewahrt, immer mehr an Schärfe und Ausdehnung gewinnt. Bei der Bedeutung, welche Preußen für Deutschland hat, ist die dort stattfindende Rückkehr zum absoluten Regiment zugleich eine Wunde, die der Deutschen Freiheit geschlagen wird, und die man deshalb in ganz Deutschland schmerzlich empfindet, so wenig man auch sich dem Glauben hingeben mag, daß derartige Zustände auf die Dauer haltbar sind.“

Oesterreich. Wien, 1. März. Die „Presse“ theilt die ihr aus gut unterrichteter Quelle zugehende Nachricht mit, daß die Frage wegen einer baldigen Aufhebung der „Sistirung“ in ernste Erwägung gezogen werde, und nur noch die Formfrage Schwierigkeiten bereite, da man sich zur Berufung des Reichsrathes „pure et simple“ in seiner früheren Gestalt noch nicht entschließen möge. — Der „Grazer Telegraph“ veröffentlicht eine Erklärung der autonomen Partei in Betreff einer Zusammenkunft der Deutschen Abgeordneten in den österreichischen Landtagen. Diese Zusammenkunft wird in der Erklärung gesagt, wäre bei der neuesten Wendung der Sachlage, welche die an die Deputationen des Ungarischen Landtags gesetzten Worte des Kaisers herbeiführten, opportun. — In Prag hat, wie in Prag, eine sehr animierte Feier des 26. Februar (an welchem Tage vor 6 Jahren die jetzt sifirte) Verfassung stattgefunden; unter den Rednern zeigten sich die Abgeordneten Dr. Gisela und Bürgermeister Skene aus. — In Prag ist es gestern zu einem großartigen Universitätskongreß gekommen. Deutsche Studirende beobachteten, wegen der Angriffe der Tschechischen Journale auf Prof. Höfler, denselben im Hörsaal in einem Hoch auszubringen. Die Tschechischen Studenten erhoben hiergegen Wärme; sie wurden unterstützt von der Straßenjugend. Bänke wurden zertrümmert. Prof. Höfler wurde mit Holzstücken beworfen, benahm sich indessen sehr taktvoll. Der Rector Nahlowsky erschien auffallend spät; die Vorlesung mußte abgebrochen werden, worauf Polizei in der Aula erschien. Vor der Universität waren Volkschaufen zusammengetragen.

Wien, 2. März, Abends. In Böhmen nehmen die Zudenciatenwallen überhand. In Horowitz hat das Militär von den Schußwaffen Gebrauch gemacht und es gab Tode und Verwundete. Einem Gerüchte zufolge marschierten Truppen nach der Bukowina und wird an der Grenze ein Observationscorps aufgestellt. — Frhr. v. Gablenz hat neue Instructionen erhalten.

Von der Polnischen Grenze, 1. März. In den Polnischen Abgeordnetenkreisen in Lemberg trägt man sich mit den rosigsten Hoffnungen in Bezug auf die dem Königreich Galizien von der Österreichischen Regierung zugedachte fünfjährige Organisation. Man will aus Wien aus authentischer Quelle erfahren haben, daß Galizien im Österreichischen Staats-Organismus dieselbe Stellung Wien gegenüber einnehmen soll, welche Croatiens als pars adnexa Pessh gegenüber eintreten und

läufig einnehmen wird. Mit dem heutigen Galizien soll nicht blos, wie früher die Bütowina, sondern auch der noch zahlreiche Polnische Elemente in sich bergende östliche Theil Schlesiens vereinigt werden, und das auf diese Weise vergrößerte Polnische Kronland soll dann, wie Ungarn, einen eigenen Hofkanzler erhalten und zwar in der Person des ehemaligen Ministers Gr. Goluchowski. Ob dies Gerücht, das in Lemberg allgemeinen Glauben findet, eine thatfächliche Grundlage hat, lasse ich dahingestellt. Soweit ich die Situation zu beurtheilen vermag, bin ich aber geneigt, es lediglich für ein pium desiderium der Polnischen Partei zu halten, dessen Erfüllung noch in weitem Felde ist. Thatfach ist, daß mit dem Gr. Goluchowski, der nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium beim Kaiser in Ungräde fiel und seitdem nicht mehr in Wien gewesen ist, bis jetzt noch keine Unterhandlungen wegen Übernahme der projectirten Hof-Kanzlerstelle angeknüpft sind. — Dem Galizischen Landtag liegen zwei von Abgeordneten eingehaupte Gesetzentwürfe zur Berathung vor, welche eine völlige Neorganisierung des Unterrichtswesens beweisen. Der eine betrifft die Errichtung einer obersten Unterrichtsbehörde, als deren Mitglieder proponirt sind: der Statthalter als Vorsitzender, ein von demselben zu ernnemder Referent, zwei vom Kaiser zu ernnende Geistliche, zwei Landtags-Abgeordnete, zwei Delegirte der Städte Lemberg und Krakau. Der zweite Gesetzentwurf prävont als Unterrichtssprachen für die unteren und höheren Schulen die Polnisch und in den Ruthenischen Gegenden die Ruthenische; der Deutschen Sprache, die bis jetzt in allen Galizischen Schulen die Unterrichtssprache ist, ist nur die Stellung eines obligatorischen Unterrichtsgegenstandes eingeräumt. Beide Gesetzentwürfe sollen nach ihrer Berathung dem Kaiser zur Bestätigung überreicht werden. — Die provisorische Regierung in Bukarest hat bei der Kammer die Ermächtigung zur Emission einer Nationalanleihe und die Errichtung einer Nationalgarde beantragt. Beide Anträge wurden sofort genehmigt. In Bukarest wird die Ankunft des Grafen von Flandern erwartet. Fürst Kosa begiebt sich über Wien nach Paris. Seine Gemahlin ist nach der Moldau zurückgeföhrt. Die bei Liebrecht saßirten Papiere sollen große Scandale entblüht haben. Die Polnische aristokratische Partei agitirt mit grossem Eifer für die Candidatur der Fürsten Wladislaw Czartoryski für den Rumänischen Thron. Die Mittelpunkte dieser Agitation sind Wien und Paris.

Italien.

Die "Italie" erfährt "aus bester Quelle", daß Antonelli's Note vom 19. November auf ausdrücklichen Befehl der päpstlichen Camzlei der Öffentlichkeit übergeben und dieser Beschluß in Rom gefaßt wurde, als die Depeschen des Spanischen Gesandten im Vatican bekannt wurden, worin die Anerkennung von Drouyn de Lhuys über "den Selbstmord der weltlichen Papstmacht" vor kommt. Auch der Syllabus lag schon geraume Zeit im päpstlichen Archiv bereit und die Veröffentlichung erfolgte erst, als die Curie der Französischen Regierung einen Denkschreiben zu erteilen an der Zeit fand. Die päpstliche Camzlei, um die Veröffentlichung der Antonellischen Note um so demonstrativer zu machen, drei Uebersetzungen von dem lateinischen Originalen veranstalten, eine Italientische, eine Französische und eine Deutsche. Der Französische Gesandte in Rom bekam Wind und bot Alles auf, die Veröffentlichung zu verhindern; doch seine Schritte blieben fruchtlos, es wurden die drei Uebersetzungen an die "Unita Cattolica", an das "Journal de Bruxelles" und an die "Augsburger Postzeit." geschickt.

Der "Kölner Bltg." wird aus Paris geschrieben: "Es hat sich herausgestellt, daß die vom Cardinal Antonelli nach Paris eingehandten Angaben über die Römische Staatschuld so unzureichend und unvollkommen als möglich sind. Da, als man sich telegraphisch an den Cardinal-Minister wandte, um über gewisse Ziffern nähere Details zu erhalten, langten Zahlenzusammstellungen an, die mit den geforderten Aufklärungen in gar keinem Zusammenhange standen. Die Fülze davon ist natürlich Unzufriedenheit an allen Ecken und Enden."

Das Municipium von Spinazzola hat, nach dem Vor-gange mehrerer anderer Städte, den General Pallavicini für seine Erfolge gegen die Briganten ebenfalls zum Ehrenbürger ernannt. Während man sich aber dort der errungenen Erfolge freut, kommen aus anderen Gegenden trübe Berichte über die zunahme dieser schrecklichen Landplage. Namentlich befürchtet man in Campanien Schlimmes als je. Dort treiben sich die Banden des Borelli (40 Mann stark), Ciccone, Pace, Fuoco, Guerra und Sontaniello umher und scheinen fortwährend neuen Zuwachs zu bekommen. In weniger als einem Monat sind dort Räubereien und Überfälle in großartigem Maßstabe so häufig vorgekommen, daß man auf das Schlimmste gefaßt sein muß und von irgend welcher Sicherheit der Person und des Eigenthums kaum mehr reden kann. — Das Lösegeld für den jungen Wenner und seine Gefährten hat 160,000 Fres. betragen. Die Briganten hätten noch immer mehr verlangt, allein man erzählt, daß der junge Wenner den guten Einfall gehabt habe, in die ihm abgedachten Briefe die Deutschen Worte: "Nur kein Geld nicht mehr!" einzuschließen zu lassen. Außer dieser Summe von 160,000 Fres. hat der Vater des Gefangenen noch mancherlei Schmuckgegenstände liefern müssen, auf welche die "Druden" der Briganten ganz besonders versessen sind.

Spanien.

Die Spanische Regierung läßt es an nichts fehlen, die Nation mit dem Gedanken eines langwierigen, kostspieligen Krieges gegen die Südamerikanischen Republiken vertraut zu machen. Die Königin, die seit Jahren für eine Wiedereroberung der früheren Spanischen Colonien schwärmt und von Clerus und Camarilla darin bestärkt wird, will es nun einmal so, und O'Donnell hängt zu sehr am Geschäft, als daß er sein besseres Wissen geltend zu machen die Ausdauer hätte.

Der Minister-Präsident legte am 27. Februar dem Congresse einen Gesetzentwurf vor, wonach für 1866 eine Aushebung zum stehenden Heere von 85,000 Mann stattfinden soll. Ein Staat, der am Bankrotte steht, will 85,000 Mann ausheben!

Frankreich.

Paris, 1. März. Die Kaiserin ist seit der jüngsten Stabilitäts-Periode des Kaiserthums fortwährend auf dem Quai vive. Seit voriger Woche wohnte sie bereits drei Ministerräthen bei, um ihre Leute durch ihre persönliche Errscheinung beizumessen. Im letzten Ministerathe, am Mittwoch, ward beschlossen, daß Rouher noch im Laufe der Abef-Debatte Thiers antworten solle. Den Sechsunddreißig, welche das vermittelnde Amendment unterzeichnet, haben sich noch sechs Deputirte angeschlossen. Die "France" betheueret heute wieder, die Regierung sei sicher von einem weisen Geiste der Freiheit erfüllt, man möge sich deshalb vor den Gefahren der Ungeduld wahren.

Girardin will wirklich ein Blatt, das bisher noch keine Abonnenten hatte, die "Liberte", zur Geltung bringen: er übernimmt die politische Oberleitung dieses Blattes; seine mit ihm von "La Presse" geschiedenen Collegen Dubernois und Vermorel treten in die Redaktion der "Liberte".

Die Antwort des Herrn Seward auf die letzten Depeschen des Herrn Drouyn de Lhuys (auch auf die vom 9. Jan.) ist endlich hier angelommen. Der Inhalt derselben ist der Art, daß, wenn die Französische Regierung Mexiko wirklich räumen will, sie äußerst zufrieden sein kann. Ohne daß Herr Seward das, was er früher aufgestellt, im mindesten fallen läßt, erklärt er im Namen seiner Regierung sich ganz bereit,

die Neutralität auf solche Weise zu beobachten, daß Frankreich ganz ruhig und so, wie es dafselbe versprochen, Mexiko zu räumen im Stande ist. Dies ist in großen Zügen die Antwort der Amerikanischen Regierung. Wie dieselbe hier aufgenommen wurde, ist mir unbekannt. Jedenfalls wäre aber Frankreich zu ratzen, die Concessions, welche ihm das Washingtoner Cabinet aus alter Freundschaft macht, zu benutzen, um seine Truppen so schnell als möglich aus Mexiko zurückzuziehen. Geschieht dies nicht und zählt Frankreich zu sehr auf die Langmuß des Nordamerikanischen Cabinets, so könnte es leicht zu einem Conflicte kommen, der um so ernster sein würde, als Amerika sich für gefoppt halten und seine Regierung um so energischer auftreten müste, als sie eine Petition gut zu machen hätte, die sie im Glauben auf die Loyalität der Französischen Versicherung begangen. Dies soll in der Depesche ebenfalls angedeutet sein.

(Kölner Bltg.)

In der Sitzung des Senates vom 27. Febr. kam eine Petition zur Verhandlung, in welcher darum eingekommen wird, daß man die Toten nicht sofort begrabe, sie in Todeshäusern aufstelle und alle möglichen Vorichtsmethoden ergreife, damit kein Lebendiger begraben würde. Die Commission hat sich für die Tagesordnung ausgesprochen, der Senat bestimmte aber, daß die Petition an die Regierung übergeben werde. Großen Anteil an diesem Beschlüsse hatte eine Rede des Cardinals Donnet, der u. A. selber auch den Fall anführte, wo er beinahe selbst lebendigen Leibes begraben worden wäre. "Ich werde" — so erzählte derselbe — "mit Ihrer Erlaubnis noch eine letzte Thatfach anführen. Im Jahre 1826 stand an einem sehr heißen Tage und in vollgepumpter Kirche ein junger Priester auf der Kanzel. Plötzlich wurde er von einem Schwundel erfaßt, das Wort stocke auf seinen Lippen, er sank niedrig; man trug ihn hinaus und einige Stunden später erklangen die Sterbeglocken. Er sah nichts mehr, aber hörte noch, und was er vernahm, war gerade nicht geeignet, ihn zu beruhigen. Der Arzt erklärte ihn für tot und unterzeichnete die Bewilligung zur Beerdigung. Der Bischof der Kathedrale, in welcher der junge Priester gepredigt hatte, kam herbei und recitirte das „De profundis“; man nahm das Mess für den Sarg; die Macht sank niedrig, und Federman begreift die Angst eines in einer solchen Lage lebenden Wesens. Mitten im Gewirre der um ihn summenden Stimmen schlägt der Klang der Sprache eines seiner Jugendfreunde an sein Ohr. Die Wirkung ist wunderbar und ruft eine übermenschliche Anstrengung hervor. Der junge Prediger von damals stand den andern Tag wieder auf der Kanzel, und heute, m. H., steht er vor Ihnen.

In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde die Discussion über die Romische Frage fortgesetzt. Marquis de Pier (für den Papst), Guérout (gegen denselben), Kolb-Bernard (für denselben) und Jules Favre (gegen denselben) ergriffen das Wort. Der S. 2 wurde alsdann angenommen, ohne daß auch ein einziges Mal im Namen der Regierung gesprochen worden wäre. Die Regierung scheint den Beschluß gefaßt zu haben, den gesetzgebenden Körper tot zu schweigen. Auch ein anderes Project besteht, wenn es die Opposition zu arg treibt. Ein Regierungsmann sagte nämlich nach dem heftigen Ausfälle Rouhers: "Nous arrêterons tous les députés de l'opposition — dans leurs discours."

Vocales und Provinzielles.

* Stettin, 3. März. Die "Preußische See-Assicuranz-Com-pagnie" hatte im vorigen Jahre eine Ablaufnahme aus der Seeversicherung für 8,091,717 R. Capital 136,781 R. (1861 für 7,406,437 R. Capital 138,881 R.), aus der Strom-Versicherung für 2,490,859 R. Capital 6910 R. (1864 für 1,974,858 R. Capital 5,542 R.), auf Effecten, Lombard und Wechsel eingenommen 3697 R. (1864: 521 R.). Total-Ablaufnahme 147,389 R. (1864: 148,638 R.). Die Ausgaben betragen bei der Seeversicherung Reassicuranzprämien 7,764 R. (1864: 28,06 R.), Ristori, Rückgaben und Agenturprovisionen 2,516 R. (1864: 4377 R.), bezahlte und tarifte Schäden 91,690 R., ab Schaden Reserve 40,600 R., bleibt 51,090 R. (1864: 88,301 R.), Prämien-Reserve für 358,583 R. 18,725 R., zusammen 163,095 R. (1864: 14,981 R.); bei der Stromversicherung Reassicuranzprämien, Rückgaben, Provisionen &c. 2071 R. (1864: 1178 R.), bezahlte und tarifte Schäden 1,003 R., ab Reserve 2796 R., bleibt 3,97 R. (1864: 1076 R.), zusammen 5279 R. (1864: 2354 R.); Abschreibung auf Effecten 944 R., Verwaltungskosten 717 R. (1864: 7703 R.). Total-Ausgaben 116,456 R. (1864: 154,038 R.). Bleibt Gewinn 30,933 R. (1864: Verlust 5490 R.). Davon Tantiente an die 5 Directoren 136,62 R., an den Bevollmächtigten 136,62 R. Von dem Rest von 28,200 R. erhalten die Actionäre die Zinsen auf den ersten Einschuf a 6 R. Actie mit 36,0 R., und die dann bleibenden 24,600 R. werden den Capitalconto zugeschrieben.

* Stettin, 3. März. (Concert.) Die unermüdlichen Anstrengungen des Herrn Kapellmeister Kohlmaier, seinen Concerten den durch ungünstige Umstände verlorene Ruf wiederzuerlangen, beginnen endlich von Erfolg gekrönt zu werden. Der zahlreiche Besuch des gesagten (4.) Concerts lieferte davon einen erstenlichen Beweis. Das Programm war diesmal hauptsächlich für die Anhänger der modernen Richtung in der Musik berechnet, welchen Hand, wenn nicht gar Beethoven, für veraltet gilt. Sind wir auch nicht mit dieser Richtung einverstanden, so finden wir es doch ganz in der Ordnung, daß Herr K., wie er zuerst vor Jahren Wagner und Schumann hier eingeführt hat, so auch jetzt damit fortfährt, die bedeutendsten Werke dieser Componisten dem hiesigen Publikum bekannt zu machen. Die Faust-Ouverture von Wagner hatte in dem vorigen Concert so lebhaften Beifall gefunden, daß sie "auf Verlangen" gestern wiederholt werden mußte, womit auch wir uns so mehr einverstanden sind, als gerade solche Musikhäufiger gehört werden muß, um vollständig gewürdig zu werden. Nach den gewaltigen Sonnenfassen dieser Ouverture schien die Symphonie in C von Schumann, welche zu den verhältnismäßig einfacheren dieses Componisten gehört, in ihrem ersten Satze nicht zu ihrer vollen Wirkung zu gelangen, während die folgenden Sätze das Publikum mehr fesseln: auch hier darf ein einmaliges Hören nicht genügen, um ein bestimmtes Urtheil zu ermöglichen. Doch auch für Diejenigen war gesorgt, welche von der Musik nur unmittelbaren Genuss haben wollen, und welchen deshalb alte Bekannte die liebsten sind. Den Beginn des Concertes machte die althistorische Symphonie mit dem Paukenschlag von Haydn. Den Übergang von ihr zu Wagner bildeten zwei für Clavier geschriebene (von dem Concertgeber für Orchester übertragenen) Compositionen von Herrn G. Flügel hieselbst: "Stille Frage" und "Mondschein." Die Übertragung ließ nichts zu wünschen, doch muß en wir bekennen, daß ein ganzes Klinstück voll "Mondschein", um nicht schieflich zu erwähnen, etwas kürzer sein müßte. — Die Aufführung sämtlicher Piecen war vorzüglich.

* Stettin, 3. März. Dem hiesigen Kettenfabrikanten J. G. Kuhlmeier gingen aus Rotterdam unterm 19. und 26. v. M. von einem L. (oder J. J.) de Leeuw in dafselb. Briefe zu; in dem ersten wird ein Preis-Courant erbettet, im zweiten werden auf Grund des empfangenen Preis-Courants Unterletten im Gesamtwerthe von gegen 6000 R. bestellt und noch ferner Bestellungen in Aussicht gestellt. Herr K. war bereits im Begriff, diesen Auftrag auszuführen, als ihm von einem in Rotterdam lebenden Deutschen, welcher seinen Preis-Courant zufällig in den Händen des de L. gesehen, die Mitteilung zugegangen, daß de Leeuw ein ganz besitzloher Schwindler sei, der durchaus keinen Credit verdiente. Gleichzeitig ersucht jener Deutsche Herrn K. die hiesige Handelswelt vor einigen ähnlichen Subjekten zu warnen, die sich folgender Unterschriften zu bedienen pflegen: M. C. Behr und J. Reicks in Rotterdam, Benjamin Meyer u. Binder (Binder), J. oder L. van der Peen in Amsterdam, Wevers, D. zum Bansen, Baillant Siemes, Weizweiler, J. Schmitz, M. Læser und J. P. Schonenborn in Crefeld.

Mannigfaltiges.

Berlin, 3. März. Der Geheime Commissionsrath v. Dreyse hat laut "Milit. Bl." eine neue, vierzügige Blunderabfuhr konstruiert, welche von den bisherigen Modellen einigermaßen abweicht. Das Kaliber ist wesentlich kleiner; der Knopf hat eine andere, blattförmige Gestalt, und die Schlupvorrichtung unterscheidet sich von der bisherigen dadurch, daß die schiefen Flächen durch zwei an dem unteren

Ende der Hülse befindliche Ansätze ersetzt sind, welche den Schlüss nach demselben Prinzip, aber in noch leichterer Weise führen. Statt der Spiegelführung ist auf die Bleiführung zurückgegangen. Als blaue Waffe dient ein Hauburonet, mit der Vorrichtung zum Aufspannen, wie bei den neuen Preußischen Jägerbüchsen.

Banken und Geldmarkt.

Monats-Uebersicht der Preußischen Bank vom 28. Febr. Activa.		
1) Geprägtes Geld u. Barren	62,27,000 R.	Zunahme 992,000 R.
2) Staatenanleihungen Pri-		
varbanleihungen Pri-	2,521,000	Zunahme 256,000 "
3) Wechsel-Bestände	67,559,000	Zunahme 7,676,000 "
4) Lombard-Bestände	13,778,000	Zunahme 186,000 "
5) Staatspapiere, verschied.		
Forderungen u. Activa	14,092,000	Zunahme 150,000 "
		Passiua.
6) Banknoten in Umlauf.	111,732,000 R.	Zunahme 5,849,000 R.
7) Depositen-Capitalien	20,251,000	Zunahme 523,000 "
8) Gutsdaten der Staatsfak-		
jen, Institute u. Privat-		
personen, mit Einschluß		
des Güter-Verkehrs	2,961,000	Zunahme 1,162,000 "

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. März. Se. Majestät der König hatte gestern nach Aufhebung der Tafel noch eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Graf Bismarck und mit den Botschaftern Graf v. d. Goltz, Benedetti und Lord Lord Loftus. Graf von der Goltz verabschiedete sich darauf und ist bereits heute Morgen nach Paris zurückgekehrt.

Hamburg, 3. März, Morgens. Nach einem Telegramm der "Hamburger Nachrichten" aus Schleswig ist der Gouverneur, Generalleutnant v. Mantau, gestern Abend dafselbst wieder eingetroffen.

Der "Hamburger Correspondent" meldet aus Kopenhagen: Der Österreichische Gesandte hat der Dänischen Regierung notificirt, daß das Wiener Cabinet zu der zwischen Preußen und Dänemark vereinbarten Regelung der Pensionenfrage seine Zustimmung zu ertheilen, so lange Anstand nähme, als Dänemark die im Wiener Frieden stipulierte Auslieferung der auf die Herzogthümer bezüglichen Documente u. s. w. verzögere.

Wien, 3. März, Mittags. Nach einer Mittheilung der "Presse" ist dem Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz auf die dem Kaiser überwandte Gingabe der Holsteinischen Landes-Regierung eine Special-Instruktion über das von ihm einzuhaltende Verfahren zugesandt worden und es wird gleichzeitig der Erlaß eines auf die Verhältnisse in Holstein bezüglichen Planfestes erwartet. — Nach einer Mittheilung des "Fremdenblattes" steht die Verlobung der erst 12jährigen Russischen Großfürstin Vera, einer Tochter des Großfürsten Constantin, mit dem Könige Georg von Griechenland bevor.

(Tel. Dep. d. Verl. Börs.-Bltg.)

Florenz, 2. März, Abends. In der heutigen Sitzung der Deputientenammer interpellirte Diauro Machi die Regierung über die politischen Gefangen im Kirchenstaate. Camarosa erwiderte, er habe unterm 25. Februar d. J. eine Depesche an den Gefangenen in Paris, Ritter Nigra, abgeendet, worin er von neuem auf die Nothwendigkeit, die Freilassung derselben zu bewirken, hingewiesen habe. Die Interpellation war hiermit erledigt.

Paris, 2. März, Abends. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde das vom Baron Jerome David und Genossen zu S. 3 der Adresse eingeführte Amendement über Mieterwohnungen zu einem Staatsminister Rouher wünschte, daß die Deputatten über diesen Punkt vertagt würden, da die Mexikanische Regierung die zugelassenen Gründungen Frankreichs noch nicht erhalten, geschweige denn geprüft hätte. Die Debatte wurde bis zu dem Augenblick, wo er neue Depeschen vorzulegen im Stande sei, oder bei der Discussion über das Budget rectificatif für 1864 aufgehoben werden können. Das Amendeinent der Opposition wurde 5. März, Jules Favre und Genossen, zu demselben Paragraphen wie gleichfalls v. e. w. o. Schließlich wurde S. 3 in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung, jedoch unter dem Staatsminister formulirten Vorbehalt eines späteren Zurückommens auf diese Angelegenheit, angenommen.

(W. T. B.)

Paris, 3. März. Der "Moniteur" bestätigt, daß der Kaiserliche Prinz an den Mäsern erkrankt ist. Das Uebel tritt leicht auf und gibt zu keinerlei Befürchtungen Anlaß.

Aus Madrid meldet das amtliche Blatt, Marschall O'Donnell habe erklärt, der Belagerungszustand werde so lange dau

Newyork, 17. Februar. Abends. Wechselkours auf London 148 $\frac{1}{4}$ Goldgros 37 $\frac{1}{4}$. Bonds 103 $\frac{1}{4}$. Baumwolle (middling Up-land) 44.

Berlin, 3. März. Wind: NW. Thermometer früh 11 $\frac{1}{2}$ °. Barometer 27, 11. Witterung Schneelust. Weizen war nur spärlich angeboten und dabei so hoch im Preise gehalten, daß es an entsprechenden Reflectanten dafür fehlte. Es sind uns denn auch keine erwähnenswerten Umfälle bekannt geworden. Roggen zur Stelle wurde zu verhältnismäßig guten Preisen, nur wenig gehandelt. Im Vermingeschäft machte sich, ancheinend in Folge des eingeretenen Frostwebers, eine heitere Stimmung geltend und die Preise, gleich von Hause aus höher einjedend, bewegten sich auch in anziehender Richtung, der Verkehr war aber nicht belebt und der Schluss blieb fest. Gef. 1000 R. — Es Hafer verkauft sich leicht, brachte auch hin und wieder etwas bessere Preise, doch war der Umsatz ohne Belang. Auf Lieferung mußten die Käufers sich ebenfalls in die etwas höheren Forderungen fügen. Gerste blieb gefücht und gut zu lassen. — Rüböl stand, ungeachtet der niedrigeren Holländ. Notirungen, selbst zu den merktlich besseren Preisen, ziemlich rege Frage. Der Schluss war fest. Spiritus hat sich auch ein Geringes im Werth gehoben, doch war das Geschäft sehr klein.

Weizen loco 46—75 R. für 2100 R. nach Qualität gefordert. Roggen loco 45—47 $\frac{1}{2}$ R. für 2000 R. nach Dual. gefordert. für 81/2 R. ab Boden, für ord. 45 $\frac{1}{2}$ R. ab Bahn, für 81/2 R. im Durch gegen Frühjahrs-Lieferung 1/2 R. aufsag bez., für März und März-April 44 $\frac{1}{4}$ R. bez., für Frühjahr 45 $\frac{1}{4}$ —1/2 R. R. bez. u. Bd. 45 $\frac{1}{2}$ R. Br. für Mai-Juni 49 $\frac{1}{4}$ —5/2 R. bez. und Br. 46 $\frac{1}{2}$ R. Bd. Juni-Juli 47 $\frac{1}{4}$ —1/2 R. bez., Juli-August 47 $\frac{1}{4}$ —1/2 R. bez. — Gerste loco 33—45 R. für 1750 R. nach Qualität gef. für Schle. 39—41 $\frac{1}{2}$ R. bez. — Hafer loco 23 $\frac{1}{2}$ —28 $\frac{1}{2}$ R. für 1200 R. nach Qualität gefordert, für Schle. 24 $\frac{1}{4}$ —25 $\frac{1}{2}$ R. fein desgl. 25 $\frac{1}{2}$ —26 R. exquisit desgl. 26 $\frac{1}{4}$ —26 $\frac{1}{2}$ R. Poln. 24 $\frac{1}{4}$ R. bez. für März und März-April 25 $\frac{1}{4}$ R. Br. für Frühj. 25 $\frac{1}{4}$ R. bez., Mai-Juni 26 $\frac{1}{2}$ R. Br. Juni-Juli 27 R. bez., Juli-August 26 $\frac{1}{4}$ R. bez.

Weizeli. Weizenmehl 10 0 4 $\frac{1}{4}$ —4 $\frac{1}{2}$ R. 10 0 u. 1 4—4 $\frac{1}{4}$ R. R. Roggenmehl 10 0 3 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{4}$ R. R. 10 0 u. 1 3—3 $\frac{1}{2}$ R. R. Roggentrie 15 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$ R. R. Weizenfle 11 $\frac{1}{4}$ —5 $\frac{1}{2}$ R. R. Delsamen. Raps 11—15 R. für 1800 R. nach Dual. gefordert. Rüböl 108—112 R. nach Dual. gefordert. Sommerrüben 90—100 R. gef. Dotter 70—80 R. gefordert. Leinsamen 70—80 R. nominell.

Petroleum 11 $\frac{1}{2}$ —12 R. R. Kleefasen. Roth 15—18 R. weiß 18—22 $\frac{1}{2}$ R. R. Schwed. 43—45 R. R. Luzerne 19—22 $\frac{1}{2}$ R. R. Rhymothec 13 $\frac{1}{2}$ —14 R. R. Rüböl loco 16 R. bez., März 15 $\frac{1}{2}$ —18 R. R. bez., März-April 15 $\frac{1}{2}$ R. R. bez. und Bd. 15 $\frac{1}{2}$ R. R. Br. April-Mai 15 $\frac{1}{2}$ —18 R. R. bez. u. Bd. 15 $\frac{1}{2}$ R. R. Br. Mai-Juni 14 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., Sept.-Oktbr. 12 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{1}{2}$ R. R. bez. — Leinöl loco 14 R. R. bez.

Spiritus loco ohne Fab. 14 $\frac{1}{2}$ —24—1/2 R. mit Fab. 14 $\frac{1}{2}$ R. R. 800 R. bez., März und März-April 14 $\frac{1}{2}$ R. R. bei. und Br. 14 $\frac{1}{2}$ R. R. Od. April-Mai 14 $\frac{1}{2}$ —2 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., Br. u. Bd. Mai-Juni 14 $\frac{1}{2}$ —2 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., Sept.-Juli-Aug. 15 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., August-Septbr. 15 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{4}$ R. R. bez.

Berlin, 3. März. Fondi. und Aktien-Börse. Die Baisse hat heute abermals bedeutende Fortschritte gemacht, besonders auf dem Eisenbahn-Aktion-Märkte, auf welchem die Coursheraubungen um Procente keineswegs als Ausnahmen auftreten. Neue beunruhigende Gerüchte wurden nicht bekannt, erst im Laufe des Geschäfts, nachdem die Baisse bereits Thatsache war, sprach man von Mobilisierung u. s. w. Es lagen zahlreiche Verkaufs-Ordres vor, denen sich für Öfferten zugesellten, während die Kauflust sehr reservirt war. Die Verläufe erfolgten vielseitig unter Notirung. Bergisch-Märkische und Rheinische waren lebhaft, Roiterdamer, Bergisch-Märkische, Köln-Mindener, Oberelsässische und Rheinische am meisten weichend. Desterreitische Effekten schlossen zwar ebenfalls in Baisse, waren aber gegenüber den Eisenbahn-Aktionen verhältnismäßig fest. Banken matt, doch nur Gothaer Bank, Darmstädter und Genfer Credit- stark weichend. Amerikaner stiller als in den letzten Tagen, schlossen nur 1/8 niedriger. Von den Russischen Effekten war die Prämien-Anleihe lebhaft und niedriger, für andere der Ton, zutheilweise höheren Coursen, seiter. Eintragende inländische Papiere blieben bei stillem Geschäft verhältnismäßig gut behauptet. Von Industriearbeiten waren Dessaier Gas- 50% steigend, Magdeburgser Feuer 590 Geld, Berliner Omnibus 73 etwas bezahlt. Wechsel stell bei überwiegend matter Tendenz, angeboten war besonders Holland, dies in kurzer Sicht 1/8 und in langer 1/4 verlor, London war 1/8 weichend. Gegen gestern war kurz Wien behauptet, langes 1/4 niedriger, auch Warichau 1/8 und Petersburg in kurzer Sicht 3/4, in langer 1/8 weichend.

Berlin, 3. März. (Herr J. Mamroth.) Bedeutendere Umfälle wurden in dieser Woche nur in wenigen Artikeln gemacht, das Geschäft verhielt sich mehr lavir und zeigte sich im Allgemeinen nur dann regere Kauflust, wenn einige größere Ordres zur Realisation aufgegeben waren. Schlesisches Rotheisen behauptete sich zu unveränderlichen Preisen, Holzlohlen-Rotheisen 49 $\frac{1}{2}$ —50 R. Coats-Rotheisen 43 $\frac{1}{2}$ —44 R. loco Hütte. — Alle Eisenbahnen-Schienen zu gleichen Notirungen wie früher gehandelt. — Stabeisen, Walzeisen 3 $\frac{1}{2}$ R. R. Schmiede-Eisen 4 $\frac{1}{4}$ R. loco Werk. — Zink blieb unbelebt, hielt sich jedoch im Preise, für W.-H.-Markte zu 7 $\frac{1}{2}$ R. R. und mittlere Marken zu 7 $\frac{1}{2}$ —12 R. R. ab Oberelsässischer Bahnhof in Breslau. — Zinn ohne Veränderung, Eigner halten fest und warten auf Steigerung, Banca-Zinn 33 $\frac{1}{2}$ —34 R. R. Lammzinn 33 $\frac{1}{2}$ R. R. — Kupfer mit annehmlichem Umsatz bleibt in steigender Tendenz und wird willig höher bezahlt. Schwedisches Kupfer 35 $\frac{1}{2}$ R. R. Englisch 33 $\frac{1}{2}$ —34 $\frac{1}{2}$ R. R. auf Et. — Blei wurde stark gehandelt, und gelangten einige bedeutende Posten zum Abschluß, die Hütten haben ihre Preise seit Kurzem um 15 R. R. erhöht, und machte dies auf die bisherige Stimmung des Marktes einen sehr anregenden Eindruck. Sachsisches Holz loco 6 $\frac{1}{2}$ —6 $\frac{1}{2}$ R. R. Tarnowitzer 6 $\frac{1}{2}$ R. R. —

Von Kohlen wurden annehmliche Posten auf Lieferung verschlossen, Preise am Platz unverändert.

Rügensberg, 2. März. Weizen flau, hochbunter für 85 R. 65—90 R. R. Br., bunter für 85 R. 55—83 R. R. Br., 114 R. Holl. 56 R. bez., rother für 85 R. 55—82 R. R. Br., 126 R. Holl. 72 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., 127 R. Holl. 69 R. bez., 128/29 R. Holl. 74 R. R. bez. — Roggen flau, für 80 R. 54—57 R. R. Br., für März 80 R. 55 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 54 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., für Mai-Juni 80 R. 57 R. R. Br., 56 R. R. Br., 56 R. R. bez., Sept.-Oktbr. 54 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 53 $\frac{1}{2}$ R. R. Br. — Gerste große 70 R. 40—46 R. R. Br., 106/2 R. Holl. 46 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., kleine 70 R. 40—46 R. R. Br. — Hafer für 50 R. 30—32 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 31 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 31 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., für Frühj. 50 R. 33 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 32 $\frac{1}{2}$ R. R. Br. — Erbien, weiße für 90 R. 50—64 R. R. Br., graue für 90 R. 55—80 R. R. Br., grüne für 90 R. 50—60 R. R. Br. — Bohnen für 90 R. 55—70 R. R. Br. — Wicken für 90 R. 45—70 R. R. Br., 63—67 R. R. Br. — Schaf. — Leinsamen feiner für 70 R. 85—100 R. R. Br., mittel für 70 R. 65—80 R. R. Br., ordinärer 70 R. 40—60 R. R. Br. — Kleefasen rother 15—19 $\frac{1}{2}$ R. R. Br. — weißer 12—20 R. R. Br. — Rhymothec 14 R. R. Br. — Leinöl ohne Fab. 13 $\frac{1}{2}$ R. R. Br. — Leinuchen 63—66 R. R. Br. — Rübuchen 66—67 R. R. Br.

Spiritus in Posten von mindestens 3000 Quart, unverändert, loco ohne Fab. 15 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 15 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 15 $\frac{1}{2}$ R. R. Br. den 1. d. bez., 2. März ohne Fab. 15 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 15 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 15 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., für Frühj. incl. Fab. 17 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., für Mai-Juni incl. Fab. 17 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., für August-Septbr. ohne Fab. 17 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., für August-Sept.

Magdeburg, 2. März. Bei veränderlichem, aber doch überwiegend schönem, trockenem Wetter verbarrierte das Getreidegeschäft in seiner bisherigen maratten Lage, indem wir eingefränt blieben auf den Konsumtionshandel hier und in der nächsten Umgegend. Die Preise haben etwas nachgegeben, sind aber noch keineswegs so billig, um einen ausgedehnteren Absatzkreis zu gestalten, vielleicht doch später. — Wetterzuführten uns dazu in den Stand setzen. Weizen notirten wir 60—62 R. für 216 R. — Roggen gilt 49—51 $\frac{1}{2}$ R. R. für 200 R. R. ab hier, schwimmende Ladungen Bahlung gegen Ladenschein, sind zu 47—47 $\frac{1}{2}$ R. R. künftig. — Gerste hat sich im Werthe vollständig erhalten. Für gewöhnliche flache zu Futterzwecken ist 37 $\frac{1}{2}$ bis 39 R. R. für 1680 R. R. zu erlangen, für bessere Ware zum Walzen 40—46 R. R. für seine schweren Sorten und Chevaliergerste 46—52 R. R.

für 1728 R. — Hafer bei stärkerem Angebot billiger erlassen, zu 26 bis 29 R. R. für 1200 R. R. nach Qualität willig zu haben. Weizen Bohnen 4—4 $\frac{1}{2}$ R. R. für 100 R. R. Erbsen 54 bis 64 R. R. für 2160 R. R. Ungarischer Mais 46—48 R. R. für 2000 R. R. Weizen 66—68 R. R. für 2160 R. R. — Esparsette 44—47 R. R. für 890 R. R. — Gelbe Lupinen 54—60 R. R. für 200 R. R.

Spiritushandel in ruhigem Gange bei ziemlich stabilen Preisen, Angebote nicht dringend, aber auch der Abzug schwach. Kartoffelspiritus loco ohne Fab. 15—14 $\frac{1}{2}$ —15 R. R. bezahlt und Br. Terminus-Geschäfte noch immer wenig berücksichtigt, daher Preise nominell 1 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{1}{2}$ R. R. über Berliner Notirungen. Rübenspiritus loco 14 $\frac{1}{4}$ —1 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., Kleinigkeiten auch a 14 R. R. für 8000 R. R. gekauft; für März-August in jedem Monat gleiches Quantum, 14 $\frac{1}{2}$ R. R. Br. 14 $\frac{1}{2}$ R. R. bez., Juli-Sept. 14 $\frac{1}{2}$ R. R. Br., 14 $\frac{1}{2}$ R. R. bez. — Gedarre Eichorienvorwurzeln 31 $\frac{1}{2}$ —14 R. R. für 80 R. R. — Gedarre Kunstrüben 21 $\frac{1}{2}$ R. R. für 80 R. R. — Delsamen kommen nur vereinzelt vor, außer Leinsamen, die zu 82—86 R. R. für 1800 R. R. mehrfach gehandelt werden. Rüböl 16—15 $\frac{1}{2}$ R. R. Mohnl 23 R. R. Leinöl 14 R. R. für 80 R. R. — Rübuchen angeboten 21 $\frac{1}{2}$ —24 $\frac{1}{2}$ R. R. für 80 R. R. nach Form und Qualität. — Roher Kleefasen 16—19 R. R. für 80 R. R. Weizer Kleefasen 15—20 R. R. für 80 R. R.

Stettiner Hafen.

Abgegangen nach Swinemünde: Mathilde, Kemp Holstein 6U.M. März bestimmt nach Pacific (SD), Soulsby Hull. 4. Albatros, Stöwhaus Memel 6U.M. United Service (SD), Brown Hull. 3. März Abends Wind N.W. Wasserstand 3 F. — Z.

Wind und Wetter.

3. März.	Bar. in Par.	Temp. R. Lin.					
Mg. 8U. Paris	344,2	0,7	No.	schwach	heiter.		
- - -	332,9	— 17,8	S.	schwach	bedeckt.		
- - -	332,2	— 5,9	NW.	mässig	bedeckt, wolzig.		
- - -	332,8	— 2,4	W.	schwach	bedeckt.		
- - -	327,5	— 12	still		bedeckt.		
- - -	333,2	— 7,4	N.	schwach	bedeckt.		
				Gestern Abend N., schwach und Schnee.			
- - -	332,4	— 1,8	S.	schwach	bewölkt.		
- - -	334,3	0,4	OSO.	sehr schwach	heiter.		
- - -	331,1	— 0,4	O.	mässig	bedeckt.		
- - -	330,5	— 0,4	SO.	schwach	trübe.		
- - -	229,9	0,3	OSO.	mässig	bedeckt, Schnee.		
- - -	329,8	0,2	W.	mässig	Nachts Schnee.		
- - -	331,2	— 1,2	NW.	stark	Nachts Schnee.		
- - -	325,9	0,0	W.	stark	trübe.		
- - -	331,7	0,8	NW.	schwach	Nachts Schnee.		
- - -	323,9	— 1,0	W.	sehr stark	Schnee.		
März. von	Stettin	Schiffer	Empfänger	mit			
1919]	Glaeser	Glaser	zum Verkauf	12W. W., 18W. Geste			

Entbindungs-Anzeige.

[1013] Meine liebe Frau Clara, geborene Forek, wurde heute Nachmittag von einem muntern Mädchen glücklich entbunden. Stettin, den 3. März 1866.

Julius Kettlitz.

Bekanntmachung.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Wir beabsichtigen die beim Betriebe und der Unterhaltung unserer Bahnen entstehenden alten Materialien für die Zeit vom 1. April 1866 bis dahin 1867 an den Meistbietenden zu verkaufen und ersuchen hierauf Interessirende ihre Gebote verriegelt und portofrei mit vor.

Submission über Ankauf der in der Zeit vom 1. April 1866 bis dahin 1867 bei der Berlin-Stettiner Eisenbahn entstehenden alten Materialien"

bis zum 15. März c. an uns einzuzenden.</p

